

Großbritannien sichert sich letzte Stahlfabrik gegen chinesische Übernahme

Angesichts der Besorgnis über chinesisches Eigentum übernimmt Großbritannien das letzte große Stahlwerk im Land. Ein Blick auf die politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen dieser überraschenden Entscheidung.

London – Der britische Parlament wurde nur in Zeiten nationaler Krisen einberufen, doch als die Abgeordneten am vergangenen Wochenende aus ihrer Osterpause zurückkamen, war der Grund nicht etwa ein Krieg, ein Terroranschlag oder der Tod eines Monarchen, sondern die drohende Schließung eines **Stahlwerks** in Nordengland.

Nationalisierung und Kontrolle des Stahlwerks

Die Regierung gab bekannt, dass der Eigentümer des British Steel-Standorts in Scunthorpe, das chinesische Unternehmen Jingye, bereit sei, Aufträge für die Rohstoffe zu stornieren, die nötig sind, um die Hochöfen in Betrieb zu halten. Ein Schritt, der bedeuten würde, dass Großbritannien zum ersten Mal seit der Industriellen Revolution kein neues Stahl mehr produzieren könnte.

Das Parlament stimmte dafür, die Notfallkontrolle über das Werk zu übernehmen – Berichten zufolge wurde sogar die Polizei eingesetzt, um Jingye-Mitarbeitern den Zutritt zu verwehren. Jonathan Reynolds, der Minister für Wirtschaft, erklärte, dass eine vollständige Verstaatlichung des Werkes „wahrscheinlich“

sei, was bedeutet, dass die Regierung bald eine komplexe und kostspielige Produktionsoperation leiten müsste – eine Aufgabe, die sie seit langem privat und oft an ausländische Unternehmen ausgelagert hat.

Britische Stahlproduktion im Rückgang

Großbritannien, einst ein Stahlgigant, spielt nun eher eine untergeordnete Rolle. Es macht nur 0,3 % der globalen Stahlproduktion aus und importiert große Mengen der Legierung, um den heimischen Bedarf zu decken. Die hastige Entscheidung der Regierung, die Kontrolle über das seit 2020 im Besitz von Jingye befindliche Werk in Scunthorpe zurückzugewinnen, bietet einen Einblick, wie Länder wie Großbritannien in einer wirtschaftlich unsicheren Welt navigieren: Einerseits bleiben sie den Grundsätzen der Globalisierung verpflichtet, die US-Präsident Donald Trump herausfordert; andererseits versuchen sie, Branchen zu schützen, die als strategisch zu wichtig angesehen werden, um sie den Marktkräften zu überlassen.

Die Herausforderungen der Globalisierung

Die Eigentumsverhältnisse von British Steel haben sich seit der Privatisierung in den 1980er Jahren mehrmals geändert, doch Jingyes Amtszeit war besonders herausfordernd. Ein **Überangebot an chinesischem Stahl** auf den Weltmärkten drückte auf die britische Stahlindustrie, wo die Betriebskosten, insbesondere die Energiekosten, deutlich höher sind als anderswo. Jingye behauptet, dass das Werk in Scunthorpe täglich 700.000 Pfund (ca. 926.000 US-Dollar) verliert, trotz erheblicher Investitionen, was es „finanziell nicht mehr tragbar“ macht.

Politische Auswirkungen und Nationalismus

Lin Jin, ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums,

warnte am Montag Großbritannien, wirtschaftliche und Handelskooperationen nicht in politische und Sicherheitsfragen zu verwandeln, um nicht das Vertrauen chinesischer Unternehmen zu gefährden.

Die Verhandlungen mit der britischen Regierung zur Stabilisierung von British Steel scheiterten schließlich. In einer Notdebatte im Parlament am Samstag deutete Reynolds an, dass das Unternehmen bereit war, das Werk zu sabotieren. „Seine Absicht war es, bestehende Bestellungen für Eisenerz und Kohle zu stornieren und nicht zu bezahlen“, sagte er, was „die primäre Stahlproduktion bei British Steel unwiderruflich und einseitig schließen“ würde.

Ein Wendepunkt für die britische Wirtschaft?

Mit der „wahrscheinlichen“ vollständigen Verstaatlichung von British Steel, wie Reynolds anmerkte, fragen sich einige im Land, ob Großbritannien sich von der wirtschaftlichen Orthodoxy abwendet, die seit der Privatisierung grundlegender Industrien durch Margaret Thatcher in den 1980er Jahren besteht.

Jeremy Corbyn, der abgesetzte linke Ex-Vorsitzende der Labour-Partei, forderte während der Debatte am Samstag die Regierung auf, „die gesamte Stahlindustrie in öffentliches Eigentum zu bringen“, um sie endlich „von den Marktkräften zu befreien.“

Edgerton warnte jedoch davor, die Entscheidung als „Beginn einer neuen Politik“ zu sehen. „Ich glaube nicht, dass der wirtschaftliche Internationalismus in diesem Fall untergraben wird... denn es wird keine Kontrollen für (Stahl-)Importe geben. Es wird lediglich eine Frage der Subventionierung der Produktion an einem einzigen Werk sein“, sagte er.

Die Entscheidung wirft auch Fragen über die unklare China-Strategie Großbritanniens auf. Der frühere Premierminister David Cameron lobte eine „goldene Ära“ der britisch-

chinesischen Beziehungen und nahm während eines Besuchs im Jahr 2015 Xi Jinping mit in ein Pub aus dem 16. Jahrhundert.

Doch später, unter dem ehemaligen Premierminister Boris Johnson, verschlechterten sich die Beziehungen. Trotz der Genehmigung des Verkaufs von British Steel an Jingye Monate zuvor verbot Johnsons Regierung 2020 den chinesischen Telekommunikationsgiganten Huawei in Großbritanniens 5G-Netz, unter Berufung auf Sicherheitsbedenken.

Seit er letzten Sommer an die Macht gekommen ist, versucht Starmer erneut, China zu umwerben, wenn auch ohne Camerons Enthusiasmus. Nachdem er im Wahlkampf versprochen hatte, das Wirtschaftswachstum wiederherzustellen, besuchte Finanzministerin Reeves im Januar Peking, um chinesische Investitionen anzuziehen. Doch die Kontroversen rund um Jingye und British Steel könnten die Annäherungsversuche der Labour-Partei gefährden.

Details

Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)